

„Statt zu zahlen: Lasst uns abends für die Energiekonzerne klatschen – für das Pflegepersonal hat das ja auch gereicht!“

Frieren für den „Sieg gegen Russland“, Waschlappen statt Dusche, Fahrrad statt Auto...

Was erleben wir gerade?

Eine Kriegswirtschaft mit „geistig- moralischer Wende“? Internationale Machtpolitik? Eine gezielte Verarmungspolitik? Die grüne Energiewende?

Ein paar Schlaglichter auf die momentane Lage:

1) Der Konflikt zwischen Russland und der EU um Gaslieferungen

Wie ist eine wirtschaftliche Kooperation mit langfristigen und verbindlichen Verträgen zu beurteilen?

Nenne ich sie „Knebelverträge“, weil sie auch mich zu Leistungen verpflichten?

Oder sehe ich sie als legitime Grundvoraussetzung, um langfristig planen zu können?

Die *Bundeszentrale für Politische Bildung* hat in einem Beitrag die von der EU geforderte Liberalisierung des Gashandels als Grundkonflikt zwischen Russland und der EU bezeichnet (<https://www.bpb.de/themen/europa/russland-analysen/nr-410/344151/analyse-der-deutsch-russische-erdgashandel-die-ursachen-der-aktuellen-spannungen/>). Die damalige Sowjetunion liefert seit 1973 Gas nach Westeuropa. Um die enormen Investitionskosten abzusichern, wurden langjährige Lieferverträge mit der Ruhrgas AG (inzwischen Uniper genannt und im Besitz der norwegischen Staatsholding) abgeschlossen. Das ganze funktionierte als Tauschgeschäft: Die Bundesregierung sicherte einen Kredit für die Röhren ab und die Sowjetunion verpflichtete sich im ersten Vertrag, in den nächsten 20 Jahren jährlich drei Mrd. m³ Gas zu liefern. Bis 1981 folgten drei weitere entsprechende Verträge. Die Preise orientierten sich an den Ölpreisen, wurden so alle sechs Monate neu austariert.

Die seit 1991 als Aktiengesellschaft im staatlichen Besitz befindliche russische Gazprom wollte an den langfristigen Beziehungen festhalten – es war die EU, die sich von einer Entkopplung des Gas- vom Ölpreis und von nicht festgelegten Liefermengen günstigere Importpreise versprach.

Die Trennung von Netz und Betrieb

2009 setzte sie EU-weit die Trennung von Netz und Betrieb durch und erzwang die Aufspaltung der Unternehmen. Nach diesem Muster wurden in der EU schon vorher die Telekommunikation (1998), der Strommarkt (1998) oder die Eisenbahn (Güter 2007, Personen 2020) liberalisiert. In der Konsequenz zielt diese Politik ab, die Risiken des kostenträchtigen Netzbetriebes abzutrennen von den gewinnträchtigen Handelsbeziehungen. Die Substanz der Netze, wie etwa bei der Eisenbahn, werden über einen gewissen Zeitraum aufgebraucht, um dann vom Staat zurückgekauft zu werden. Verluste sollen von der Allgemeinheit getragen werden, während die Gewinne privatisiert werden. Im Fall des Erdgases wird der Betrieb des Pipelinenetzes und seine Kosten dem ausländischen Akteur, also „Gazprom Netz“, überlassen. Allerdings mit der Verpflichtung, Kapazitäten für theoretisch auftretende Konkurrenten freizuhalten. Die gibt es in Russland zwar nicht, aber damit wurden die Kapazitäten der Pipelines auf die Hälfte begrenzt (zunächst nur für die auf deutschem Boden verlaufenden Anschluss- und Verteilpipelines, 2019 auch per EU- Beschluss auf die Röhren, die innerhalb ihrer Hoheitsgewässer verlaufen. Damit wurde dem Projekt Nordstream 2 der erste Knüppel zwischen die Beine geworfen). Eine Begrenzung der Kapazitäten erhöht erstens die Kosten für den Betrieb und zweitens lässt es die von der jetzigen Regierung vertretene Aussage, dass Russland zur Zeit

bösartigerweise nur 20% der „technisch möglichen“ Menge liefern, fragwürdig werden: Es sind nur 50% der technisch möglichen Menge real vorgesehen. Zudem sind in den Lieferverträgen keine festen Liefermengen mehr vorgesehen, sondern Mengen innerhalb gewisser Spannen; es gibt keine Verpflichtung Gazproms, das „technisch mögliche Maximum“ zu liefern. Da die Verträge mit den Gasimporteuren allerdings nicht öffentlich einsehbar sind, weiß niemand, ob Gazprom tatsächlich Lieferverträge verletzt oder nicht (*Infosperber*, 15.08.2022, <https://www.infosperber.ch/wirtschaft/konzerne/niemand-sagt-wie-viel-gas-russland-vertraglich-liefere-muesste/>)

Parallel zur Abtrennung der Netze wurde die Abtrennung der Speicher vom Betrieb und die Öffnung für mögliche Nutzer erzwungen.

Der Gaspreis

Die EU forcierte die Abkehr von der Kopplung des Gas- an den Ölpreis. Der politische Sinn der nach dem Ölpreisschock 1973 eingeführten Kopplung war es, die „Erpressbarkeit“ der westlichen Konsumenten durch die Ölmonarchien am Golf zu vermindern, indem Gas auf jeden Fall konkurrenzfähig bleiben sollte. Inzwischen sollte der jeweilige (Tages-)Gaspreis an einer Börse ermittelt werden. Durch den Import von Flüssig- / Frackinggas führte dies zeitweilig zu niedrigeren Gaspreisen für die EU- Importeure. Gazprom musste 2010 über eine Mrd. Euro „Schadenersatz“ an RWE bezahlen, weil zu dem Zeitpunkt Flüssiggas an der Börse billiger gehandelt wurde als das Pipelinegas aus Russland. Ähnliches fand zu Beginn der „Corona- Krise“ statt, als niedriger Verbrauch für ein Überangebot und fallende Preise sorgte.

In dem Moment jedoch, als das Pendel in die Gegenrichtung ausschlug, wurde die „Erpressung durch Putin“ präsentiert: Letztes Jahr sorgte die wieder anlaufende Konjunktur für höhere Börsenpreise. Gazprom wurde von der EU aufgefordert, soviel Gas zu liefern wie möglich, um den Gaspreis zu senken. Gazprom hat dem nicht vollumfänglich nachgegeben, weil es sich damit ins eigene Fleisch geschnitten hätte:

„Gazproms Zurückhaltung an den Märkten folgt also durchaus einer wirtschaftlichen Logik. „Warum sollten wir zusätzliches Gas fördern, nur um durch Börsen-Verkäufe den Exportpreis für unseren gesamten Export zu senken?“, beschreibt Igor Juschkow, Experte der Moskauer Stiftung für nationale Energiesicherheit, die Situation aus Gazproms Sicht. Zudem sei es völlig unklar, wie viel Gas die Europäer zu den aktuellen Preisen kaufen könnten.

Bei Gazprom sieht man das Problem in der Struktur des Gasmarktes. Der Anteil des an den europäischen Märkten gehandelten Gases mache nur etwa 30 Prozent des gesamten EU-Verbrauchs aus, während der Rest über langfristige Verträge mit Preisbindung bedient wird. „Die Preise an den Börsen reagieren deswegen überproportional selbst auf kleine Ungleichgewichte bei Angebot und Nachfrage“, meint Sergej Komlew, der bei Gazproms Exportsparte die Abteilung für internationale Verträge leitet. Ein recht geringes Defizit sorgt also für stark angewachsene Einnahmen bei Gazprom. Genauso schnell könnte der Preis aber auch kollabieren, würde zusätzliches Gas auf den Markt strömen.“

(Mitteldeutscher Rundfunk, 04.11.2021: *RUSSLANDS GESCHÄFT MIT ERDGAS*

Warum die EU mitverantwortlich für die hohen Gaspreise ist

<https://www.mdr.de/nachrichten/welt/osteuropa/politik/russland-gaspreise-gazprom-eu-100.html>)

Die Lieferverträge

Die Gaslieferverträge haben in der Regel eine lange Laufzeit und verpflichten den Abnehmer, eine gewisse Mindestmenge abzunehmen und zu bezahlen (sog. take or pay – Klauseln). Das wird in den Medien heute als „Erpressung“ und „Knebelung“ bezeichnet. Die Wirtschaftswoche machte sich Ende April dieses Jahr Gedanken

darum, wie man sich dieser „Knebelung“ entziehen könnte:

„Rechtlich, so scheint es, gibt es aus den Take-or-Pay-Verpflichtungen in den Verträgen kaum einen Ausweg. Nur in zwei Fällen könnten die europäischen Abnehmer von ihren Pflichten gegenüber Gazprom entbunden werden. Eine Möglichkeit, von den Abnahme- und Zahlungspflichten befreit zu werden, wäre ein von der Europäischen Union verhängtes Gasembargo, erklärt Anwalt Christian von Hammerstein. „Das gilt dann als Höhere Gewalt“, sagt er. „In so einem Fall sehen die Verträge in der Regel vor, dass die Abnehmer dann von ihren Leistungspflichten befreit werden.“ Als Höhere Gewalt gilt jedes Ereignis, wie von Hammerstein erklärt, „auf das keine der Vertragsparteien einen Einfluss hat.“ Ein Krieg gehört dazu, ein Streik, Naturereignisse. Aber auch staatliche Interventionen. „Wirtschaftssanktionen sind der klassische Fall einer Höheren Gewalt.“ Allerdings hat sich gerade die Bundesregierung bisher gegen so ein Gas-Embargo gesträubt, gerade die energieintensive Industrie fürchtet zu große Folgeschäden für die deutsche Wirtschaft.

*Ein Lieferstopp würde deutsche Unternehmen entbinden
Eine zweite Variante, die Verträge zu beenden, wäre es, damit auf einen Lieferstopp, selbst einen kurzfristigen Lieferstopp, von Gazprom zu reagieren. Erst Mitte dieser Woche hat Gazprom die Lieferung an Polen und Bulgarien eingestellt und das damit begründet, dass die jeweiligen Gaskonzerne nicht, wie von Moskau gefordert, in Rubel gezahlt hätten. „Wenn der Fall eintritt, das Wladimir Putin Gazprom anweist, die Gaslieferungen nach Deutschland einzustellen und nicht mehr zu liefern, dann ist das ein Bruch der Verträge. In der Regel wäre das auch ein wichtiger Grund zur fristlosen Kündigung durch die deutschen Importunternehmen“, sagt von Hammerstein. Eventuell müsste vor Kündigung noch eine Frist gesetzt werden, verbunden mit einer Lieferaufforderung.
Bisher aber hat Gazprom seine Verträge gegenüber deutschen Firmen erfüllt, trotz des Ukrainekriegs und der gegen Russland verhängten Sanktionen. „Solange die Russen sich vertragskonform verhalten, gelten die Verträge und auch die Klauseln“, sagt von Hammerstein. „sobald sie vertragsbrüchig werden, gibt es die Möglichkeit, die Verträge für unwirksam zu erklären.“*

*(AN GAZPROM GEBUNDEN: Wie entkommt Deutschland Gas-Knebelklauseln mit Russland?
Wirtschaftswoche, 29.04.2022,
<https://www.wiwo.de/unternehmen/energie/an-gazprom-gebunden-wie-entkommt-deutschland-gas-knebelklauseln-mit-russland/28288364.html>)*

Kurz gesagt: Entweder bringt man die EU- Regierung dazu, ein Verbot des Importes auszusprechen – oder man bringt Russland dazu, einen Lieferstopp zu verhängen.

Quintessenz

Bei dem Konflikt zwischen Russland und der EU / USA geht es in Bezug auf das Gasgeschäft darum, die für die Börsenwirtschaft typische Auslagerung der Kosten für die Infrastruktur durchzusetzen – in diesem Fall auf Kosten Russlands.

Das neoliberale Börsenmodell will sich zwar dadurch legitimieren, dass es Monopolen vorbeuge, transparent sei und allseits für Gerechtigkeit Sorge – tatsächlich aber ist es ein Modell, dass die anfallenden Kosten der Allgemeinheit oder Dritten aufbürdet. Bei der Bahn / den Krankenhäusern usw. übernimmt im Inland der deutsche Staat die Kosten, während die Gewinne in die Kassen der Händler und Betreiber fließen. Wenn die politischen Machtverhältnisse es zulassen, sollen

ausländische Lieferanten zahlen.

2) **Wozu dienen die Sanktionen gegen Russland?**

Bislang wurde noch keine der von der Wirtschaftswoche erwünschte Option gezogen: Weder hat es bislang einen Importverbot von russischem Gas gegeben, noch hat Russland einen Lieferstopp verkündet. Aber Russland wurde (neben anderen Schikanen wie Versicherungsverbote für Schiffe) vom westlichen Zahlungsverkehr ausgeschlossen. Die Zahlungen sollten weiterhin in Euro geleistet werden – auf die Russland dann allerdings keinen Zugriff hätte. Man möchte also russisches Gas geschenkt bekommen. Russland hat daraufhin verlangt, dass die Rechnungen für die Gaslieferungen über verschiedene Zwischenkonten letztlich in Rubel bezahlt werden. Habeck und Co. haben nun unter Ausrufung eines erneuten „Notstandes“ den Importfirmen finanzielle staatliche Rückendeckung geboten, um auf dem Weltmarkt (-börsen) Gas um jeden Preis einzukaufen. Dieses Vorgehen hat den Preis für Erdgas in schwindelerregende Höhen getrieben.

Für Russland ist das nicht schlimm – es hat trotz Preisabschlägen höhere Einnahmen durch den Gasexport erzielt als die letzten Jahre.

Die Rechnung bezahlen müssen aber erstens die inländischen Privatverbraucher (Lohnabhängige) und die Industrie, die damit einem Druck zur Verlagerung ausgesetzt ist. Vor allem aber Länder in Afrika und Asien und Lateinamerika, die mangels eines Pipelinenetzes auf Flüssiggas angewiesen sind.

*Neue Deutschland, 15.07.2022: »Europa saugt Gas aus der Welt«
Der Westen macht sich unabhängig von Russland – im Globalen Süden produziert das Krisen
<https://www.nd-aktuell.de/artikel/1165357.energiekrise-europa-saugt-gas-aus-der-welt.html>*

*Finanzmarkt.de, 7. Juli 2022: In Pakistan gehen die Lichter aus – Europa kauft jeden verfügbaren LNG-Tanker: Europas Jagd nach Flüssiggas bedroht die Existenz armer Länder
<https://finanzmarktwelt.de/in-pakistan-gehen-die-lichter-aus-europa-kauft-jeden-verfuegbaren-Ing-tanker-239231/>*

Die Sanktionen erwirken enorm steigende Preise für Grundrohstoffe wie Energieträger und Nahrungsmittel. Die möglicherweise einkalkulierte wirtschaftliche Schwäche der EU- Länder lässt den US- Dollar steigen, zusätzlich hat die FED, die US- Notenbank, ihren Leitzins auf 3,5% erhöht. „Anleger“ parken ihr Geld nun in Dollar und lassen den Dollar weiter steigen. Länder wie Pakistan sind weder in der Lage, die erhöhten Weltmarktpreise zu bezahlen, noch sind sie in der Lage, für ihre Bevölkerung die Kosten auch nur annähernd auszugleichen. Stattdessen vergrößern sich ihre meist in Dollar notierten Auslandsschulden. Sie geraten immer weiter in die Schuldenfalle. Der IWF steht bereit und verspricht „Hilfe“ – aber unter der Bedingung eines weiteren Abbaus von ohnehin rudimentären Sozialleistungen. Ein Effekt, den der Ökonom Michael Hudson als wesentliches Motiv hinter die Eskalationspolitik gegenüber Russland (und China) beschrieben hat – eine Verschärfung der Unterwerfung der Länder der „Dritten Welt“.

3) **Hohe Energiepreise als Voraussetzung für eine sog. Energiewende?**

„Doch offenbar ist die Bundesregierung nicht daran interessiert, den Preisschock zu beenden. Dies gilt vor allem für die Grünen. Deren Traum von einer Energiewende setzt nun einmal zentral auf den Preis als Lenkungsinstrument. Solange Gas, Öl und konventioneller Strom preiswert sind, ist der Reiz, in alternative Energien zu investieren, nun einmal begrenzt. Die Debatte, wie die Energiewende sozial gestaltet und energieintensive Unternehmen mitgenommen werden können, war erst am Anfang ... nun ist sie schon wieder vorbei, da externe Faktoren hier Nägel mit Köpfen gemacht haben. Den meist gutsituierten Wählern der Grünen ist dies nicht gerade

unrecht, da sie ohnehin oft zur Meinung tendieren, man solle „das Volk“ bei solchen „unbequemen“ Weichenstellungen gar nicht erst fragen, sondern vor vollendete Tatsachen stellen. Das ist ja nun geschehen.“

Nachdenkseiten, 18.08.2022: Wer über bezahlbare Energie spricht, darf zum Krieg gegen Russland nicht schweigen, <https://www.nachdenkseiten.de/?p=87051&pdf=87051>

Die Frage, ob der Traum von einem Perpetuum Mobile oder einer gütigen Sonne realistisch ist und ob die Versprütung von Nahrungspflanzen irgendwie ökologisch ist, sei an dieser Stelle nicht weiter verfolgt. Tatsache ist, dass die explodierenden Gewinne der Energieunternehmen in erster Linie für Aktienrückkäufe / steigende Aktienkurse verwendet werden.

4) Was tun – Einfach still frieren? Oder einen Gaspreisdeckel fordern? Oder die Aufhebung der Sanktionen?

Gerne werden die beiden letzten Alternativen politischen Lagern zugeordnet: Hier die „wertegeleiteten Linken“, die einen gewissen sozialen Schutz fordern, da die „interessegeleiteten Rechten“:

Der Unterschied zwischen beiden Parteien in dieser Frage ist nicht nur oberflächlich, sie betrachten die Ursache der sozialen Schieflage – Krieg in der Ukraine und westliche Sanktionen – verschieden.

Der Linken-Vorsitzende Martin Schirdewan hatte in seinem ZDF-Sommerinterview betont: Die Linke unterstützt die westlichen Sanktionen gegen Russland. Außerdem halte er das Öffnen der Gasleitung Nord Stream 2 für einen Fehler. Mit anderen Worten: Die Linke möchte lediglich, dass die Folgen der westlichen Sanktionen sozial abgefedert werden.

Chrupalla [AfD] erklärte dagegen jüngst, seine Partei stehe nicht für eine werte-, sondern für eine interessengeleitete Außenpolitik. "Keine Umlage kann den Schaden beheben, den die Ampel mit ihrer wertegeleiteten Außenpolitik anrichtet", erklärte er. Eine Gasumlage zur Rettung von Gaskonzernen wäre überhaupt nicht nötig, wenn "Herr Habeck Russland nicht den Wirtschaftskrieg erklärt" hätte. Obendrein gäbe es billiges Gas im Überfluss, wenn Nord Stream 2 aufgedreht würde.“

Telepolis, 24.08.2022: Proteste gegen Energiepolitik: Parteien kämpfen vor allem für sich, <https://www.heise.de/tp/features/Proteste-gegen-Energiepolitik-Parteien-kaempfen-vor-allem-fuer-sich-7241232.html>

Jens Berger stellt auf den Nachdenkseiten fest:

„Der Gaspreis ist außer Kontrolle und den Verbrauchern droht ein Preisschock, wie es ihn seit der Ölpreiskrise in den 1970ern nicht mehr gegeben hat. Die Bundesregierung schaut dieser Entwicklung weitestgehend tatenlos zu. Insbesondere den Grünen scheint die Preisentwicklung als Beschleuniger für die Energiewende sogar recht gelegen zu kommen. Derweil kommen von Seiten der Gewerkschaften und aus der Linkspartei vermehrt Forderungen nach einer Gaspreisdeckelung. Die würde auch in anderen Ländern angewandt und soll eine Alternative zur „Gasumlage“ sein. Auch wenn ein solches Instrument auf den ersten Blick sicher verlockend ist, so hat es zahlreiche Fallstricke und greift – wenn überhaupt – nur bei den Symptomen und nicht bei der Ursache des Preisschocks. Es ist zu vermuten, dass gerade die Gewerkschaften und die Linken dieses Instrument vor allem

deshalb favorisieren, da sie sich so vor einer kritischen Positionierung zum deutschen Wirtschafts- und Stellvertreterkrieg in der Ukraine drücken können.“

Nachdenkseiten, 18.08.2022: Wer über bezahlbare Energie spricht, darf zum Krieg gegen Russland nicht schweigen, <https://www.nachdenkseiten.de/?p=87051>

So gesehen, spricht nichts *gegen* die Forderung nach einem Gaspreisdeckel – aber auch nichts *dafür*. Sie würde lediglich kurzfristig bewirken, dass die Gewinne der Energiehändler vom Staat bezahlt würden und erst später über Steuern oder Einsparungen von uns eingesammelt werden.

Die alleinige Fokussierung auf die Forderungen nach der Aufhebung der Sanktionen gegen Russland und nach der Inbetriebnahme von Nordstream 2 ignoriert den Grundkonflikt, die erzwungene Durchsetzung von Börsenmechanismen. Und die von der AfD beschworenen nationalen *Interessen* sind die Interessen der Industrie, nicht unmittelbar unsere.

Beide Forderungen ignorieren überdies die internationale Dimension der Krise, die uns als Lohnabhängige in Westeuropa hart treffen wird, in anderen Ländern dagegen nacktes Elend hervorruft.

Es geht schließlich auch nicht allein um Energie, sondern auch um Nahrungsmittel; ähnlich wie bei den Energiefirmen können wir gerade beobachten, wie die großen Nahrungsmittelhändler Rekordgewinne einfahren – muss da wohl jemand den Preis für bezahlen??

David Goessmann nennt das auf Telepolis den „Katastrophenkapitalismus“:

Telepolis, 24.08.2022: Rekordprofite im Krisen-Monopoly: Wann handelt die Politik endlich?

<https://www.heise.de/tp/features/Rekordprofite-im-Krisen-Monopoly-Wann-handelt-die-Politik-endlich-7241755.html?seite=all>

Abgesichert wird der Katastrophenkapitalismus durch eine autoritäre staatliche Notstandspolitik. Eingesetzt wurde das Notstandsregime vor zweieinhalb Jahren mit der Begründung des „Gesundheitsnotstandes“, jetzt ist es der „Energienotstand“ – weitere Szenarien wie Computer- und Stromausfällen sind durchgespielt. Die politische Entscheidungsfindung wird auf ein Krisengremium verschoben, dass abseits aller öffentlichen Kontrolle entscheidet. In letzter Konsequenz wird die Bundeswehr als Organ zur Durchsetzung der staatlichen Politik im Innern immer weiter nach vorne geschoben.

In der sich jetzt für den Herbst andeutenden politischen Positionierung wiederholt sich das Dilemma des Corona – Konfliktes: Auf der einen Seite eine Linke, die überwiegend bestenfalls eine soziale Abfederung fordert, also finanzielle Kompensation durch höhere Löhne und Sozialleistungen. Wie allein damit aber einer Krisensituation gemeistert werden soll, die *realen* Mangel erzeugt – wenn es kein Speiseöl mehr gibt, lässt es sich auch durch einen Hartz 4 – Aufschlag nicht kaufen – bleibt offen. Gleichzeitig ignoriert sie den mutwillig herbeigeführten Notstand, also den politischen Aspekt der Krise und der Krisenverwaltung.

Moralisch unterstützt sie die Regierungspolitik aus Angst, auf der falschen Seite zu stehen. Bis dahin, dass sie in der Krise sogar eine Chance sieht: eine neue „Solidarität“ im Miteinander (durch Maske Tragen und Home Office) oder jetzt ein Verzicht auf „fossile Energieträger“. Als Gegner werden die Mitmenschen identifiziert, die angeblich dem Egoismus frönen und den „Kapitalisten“ hinterherrennen. Die Zuschreibung „rechts“ / „rechts offen“ für diese Mitmenschen kommt ohne eine Analyse aus, was viele Menschen tatsächlich bewegt und auch ohne eine Analyse, welche Positionen tatsächlich von offen Rechten vertreten werden.

Der linken Vorstellung einer Art „wertebestimmten Volksgemeinschaft“ steht eine rechte Vorstellung von „interessebestimmten Volksgemeinschaft“ gegenüber. In der jetzigen Krise setzt sie auf die Gemeinschaft der nationalen Volkswirtschaft – mein Interesse als abhängig Arbeitender sei gleich des Interesses meines Chefs. Wenn es dem gut geht, gehe es mir auch gut. Das stimmt natürlich auch nicht!

Ja, Kämpfe für höhere Löhne und bessere Sozialleistungen sind richtig und wichtig. Allein das reicht aber (nicht mehr). Wir müssen genauso Antworten auf die Fragen finden, die eine global zunehmend zerstörerische Gesellschaftsverfassung und die sie verwaltende politische Ordnung aufwerfen.

Es ist schwierig, aber wir kommen nicht umhin, uns selber Gedanken zu machen!

Laien's Club Heimfeld, 25.August 2022